

Bachelor-Studiengang Soziale Arbeit Linz

**Forschungswerkstatt-Projekt**

**Studiengang SO9 - Gruppe 1**

**zum Thema:**

## **IST DIE POLITISCHE SOZIALARBEIT TOT?**

**Möglichkeiten und Grenzen sozialpolitischer Tätigkeit in ausgewählten Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit**

**Projektleitung:**

**Prof. (FH) DSA MMag. Dr. Christian Stark**

**INHALTSVERZEICHNIS**

<b>1. EINLEITUNG</b>	<b>3</b>
<b>2. GRUPPE „SCHWEDEN“</b>	<b>4</b>
<b>3. POLITISCHE PARTEIEN</b>	<b>4</b>
3.1. LEITFADENINTERVIEW	FEHLER! TEXTMARKE NICHT DEFINIERT.5
3.2. DURCHFÜHRUNG	5
3.3. ERGEBNISSE	6
<b>4. SOZIALE EINRICHTUNGEN</b>	<b>12</b>
4.1. LEITFADENINTERVIEW	FEHLER! TEXTMARKE NICHT DEFINIERT.13
4.2. DURCHFÜHRUNG	12
4.3. ERGEBNISSE	12
<b>5. VERGLEICH</b>	<b>22</b>
<b>6. RESÜMEE</b>	<b>24</b>

## 1. EINLEITUNG

Die Politik trägt maßgeblich zum Erfolg oder Misserfolg sowie zu den Rahmenbedingungen für die Sozialarbeit bei, unabhängig davon, ob es sich um das Chancengleichheitsgesetz, die Bedarfsorientierte Mindestsicherung oder das Berufsgesetz für SozialarbeiterInnen handelt. Sozialarbeit ist von den politischen Parteien und PartnerInnen abhängig, um ihren KlientInnen eine professionelle Betreuung zu ermöglichen. Doch ist die Politik auch auf die Sozialarbeit angewiesen?

Der Österreichische Berufsverband der SozialarbeiterInnen (OBDS) definiert in seinem Berufsbild „Sozialarbeit“ wie folgt:

*„Sozialarbeit ist eine Form der professionellen Hilfe, die einsetzt, wenn Einzelnen, Gruppen oder dem Gemeinwesen die Alltagsbewältigung mit eigenen Mitteln und anderen vorhandenen gesellschaftlichen Ressourcen nicht gelingt“* (OBDS 2004, [www.sozialarbeit.at](http://www.sozialarbeit.at), S.2).

Zum gesellschaftlichen Auftrag von Sozialarbeit heißt es zudem im Berufsbild:

*„Sie ist ein Mittel der Sozialpolitik zur Vermeidung und Bewältigung sozialer Probleme. Sozialarbeit leistet neben anderen sozialpolitischen Maßnahmen einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung gesellschaftlicher Normen [...] Sozialarbeit ist einerseits Teil der Politik für soziale Sicherheit, andererseits Interessensvertretung ihres Klientels...“* (OBDS 2004, [www.sozialarbeit.at](http://www.sozialarbeit.at), S.2).

So stehen Sozialarbeit und Politik in engem Zusammenhang und haben den gemeinsamen Auftrag, soziale Probleme der Gesellschaft zu lösen und Veränderungen und Weiterentwicklungen zu fördern.

In diesem Sinn kann man von einer Sozial-Politik bzw. einer politischen Sozialarbeit sprechen. Doch existiert diese politische Sozialarbeit tatsächlich? Und wenn ja, in welcher Form? Wo ist die politische Sozialarbeit, wenn wir von einem Berufsgesetz für SozialarbeiterInnen sprechen? Wo ist die politische Sozialarbeit, wenn Vereine und Organisationen von Kürzungen betroffen sind? Wo ist die politische Sozialarbeit, wenn der Mensch neben der Wirtschaft verschwindet? Ist die politische Sozialarbeit etwa tot?

Genau diese Fragestellung „Ist die politische Sozialarbeit tot?“ wurde seitens der Forschungsgruppe des Bachelorstudiengangs SO9 als Forschungsfrage formuliert. Die Gruppe 1 des Studienganges hat sich für die Bearbeitung und Erforschung die-

ser Thematik entschieden. Angeleitet und begleitet wurden sie dabei von Herrn Prof. Dr. Christian Stark.

Eingangs machte sich die Gruppe Gedanken darüber, was Politik für sie persönlich heißt. Wir stellten uns die Frage, ob Sozialarbeit auch einen politischen Auftrag hat und dabei wurde klar, dass Politik mehr bedeutet als „parteilich“. Es wurde überlegt, ob wir die Frage nach der politischen Sozialarbeit von oben – also aus Sicht der Parteien bzw. der Regierung - oder von unten – also aus dem Blickwinkel des Volkes bzw. der Sozialvereine - betrachten. Dabei wurde schnell klar, dass wir beide Seiten einbeziehen wollten.

Es sollten daher Interviews mit möglichst allen politischen Parteien in Oberösterreich sowie einigen ausgewählten oberösterreichischen Sozialorganisationen stattfinden. Die sozialen Institutionen wurden auf Basis der verschiedenen Handlungsfelder der Sozialarbeit ausgewählt. Zusätzlich war geplant, einen Vergleich zur politischen Sozialarbeit in Schweden herzustellen, das aus unserer Sicht ein Vorzeigeland bezüglich Sozialpolitik ist.

Aufbauend auf dieses Vorhaben wurde unsere Gruppe wie folgt in drei Kleingruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten aufgeteilt:

- ❖ Schweden: Nina Frank, Sabrina Gruber
- ❖ Politische Parteien: Petra Buchinger, Katrin Mühlberger, Margit Schweinschwaller, Natalie Stöger
- ❖ Soziale Organisationen: Elisabeth Blaha, Gudrun Eidenberger, Katja Kloimstein, Birgit Lehner, Doris Siegel

## **2. POLITISCHE SOZIALARBEIT IN SCHWEDEN“**

Die Gruppe „Schweden“ informierte sich vorerst anhand der aktuellen Fachliteratur über wichtige Themen im Zusammenhang mit der Sozialpolitik Schwedens. Zusätzlich war eine Befragung einiger schwedischer Sozialvereine mittels Fragebogen angedacht. Aufgrund fehlender Rückmeldung der schwedischen Organisationen wurde dieser Teil unserer Forschungsarbeit aufgegeben.

## **3. POLITISCHE PARTEIEN**

Die Gruppe „Parteien“ hatte zuerst die ambitionierte Idee, die politischen Parteien auf Bundesebene zu interviewen. Da aber die Gruppe „Soziale Organisationen“ eingeschränkt auf Oberösterreich Informationen erhob, entschlossen wir uns zum besseren Vergleich auch die zuständigen Parteienvertreter für das Sozialressort auf Länderebene zu befragen.

### 3.1. Durchführung

Zur Durchführung der Befragung entschieden wir uns für Interviews von ExpertInnen und entwickelten entsprechende Interviewleitfäden (siehe Anhang). Von den ursprünglich geplanten sieben Parteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne, BZÖ, KPÖ und LIF) konnten mit sechs Parteien entsprechende Interviewtermine vereinbart werden; mit dem Liberalen Forum konnte leider kein Kontakt hergestellt werden.

Folgende InterviewpartnerInnen standen uns von Seiten der politischen Parteien Rede und Antwort:

- ❖ Sozialdemokratische Partei Österreich (SPÖ):  
Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl
- ❖ Österreichische Volkspartei (ÖVP):  
Landtagsabgeordneter Mag. Michael Strugl, MBA
- ❖ Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ):  
Landtagsabgeordnete Ulrike Wall
- ❖ Grüne:  
Landtagsabgeordnete Ulrike Schwarz
- ❖ Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ):  
Abgeordnete zum Nationalrat Ursula Haubner
- ❖ Kommunistische Partei Österreich (KPÖ):  
Gemeinderätin der Stadt Linz Gerlinde Grün

Im Zeitraum Juni bis Dezember 2010 wurden die Interviews mittels Diktiergerät jeweils zu zweit durchgeführt. Diese fanden teilweise am Campus der FH Linz bzw. in den Räumen der OÖ Landesregierung statt. Die geführten Interviews wurden von uns transkribiert und mittels des Analyseprogramms MAXQDA10 (Softwaretool zur computergestützten qualitativen Daten- und Textanalyse) ausgewertet.

## 3.2. Ergebnisse

Die Auswertung der Antworten der VertreterInnen der politischen Parteien in Oberösterreich auf die einzelnen Fragen unseres Leitfaden-Interviews ergab folgendes Bild.

### 3.2.1. Politischer Auftrag von Sozialarbeit

Die Sozialsprecher der ÖVP sowie der SPÖ denken, dass Sozialarbeit einen politischen Auftrag hat. Beide Parteien verstehen diesen als gesellschaftspolitische Tätigkeit: Benachteiligten soll geholfen und Nachteile ausgeglichen werden. Der Sozialsprecher der SPÖ gibt ergänzend an, dass Sozialarbeit es möglich macht, die Politik auf Missstände oder Probleme aufmerksam zu machen, wobei zwischen öffentlicher Sozialarbeit (Jugendwohlfahrt) und Sozialarbeit in sozialen Organisationen unterschieden wird. Die FPÖ ist ebenfalls der Meinung, dass ein gesellschaftspolitischer Auftrag besteht. Wie dieser aussieht bzw. aussehen könnte, wurde jedoch nicht beantwortet. Auch die Grünen sowie die KPÖ denken, dass es einen politischen Auftrag gibt, der sich gesellschaftspolitisch widerspiegelt. Das BZÖ hat einen anderen Zugang und zwar, dass Politik sozial handeln soll und daher Politik in gewissem Maße soziale Arbeit darstellt.

### 3.2.2. Verständnis von Sozialarbeit

In diesem Punkt waren sich die VertreterInnen von SPÖ, ÖVP, KPÖ und Grüne einig. Sie verstehen unter Sozialarbeit die fachliche Zuwendung für benachteiligte Einzelpersonen bzw. Gruppen durch SozialarbeiterInnen, die eine wichtige Funktion im Bezug auf den Einsatz von Ressourcen (Einsatz von Hilfsmitteln, Koordinierung von Hilfsmaßnahmen, etc.) haben. Die FPÖ sowie das BZÖ verstehen ergänzend dazu auch die Pflege von beeinträchtigten Menschen und die Altenpflege als Sozialarbeit. Besonders hervorheben möchten wir hier die Aussage von der Sozialsprecherin der Grünen, Ulrike Schwarz, die mitgeteilt hat: *„In meinem Lebenslauf steht „Sozialarbeiterin“ drinnen, weil der Begriff ebenso unscharf ist und für mich ist das alles, was mit Menschen zu tun hat und Leistungen, Dienstleistungen oder Beratung und Begleitung anzubieten in unterschiedlichen Lebensbereichen; das ist für mich nicht wirklich abgegrenzt.“*

### 3.2.3. Zusammenarbeit und Überschneidungen

Kernaussage von SPÖ, FPÖ, Grünen und KPÖ ist, dass die Politik die Rahmenbedingungen vorgeben und schaffen muss, damit Sozialarbeit professionell tätig sein kann. Lediglich das BZÖ und die ÖVP haben hier andere Ansätze. Die ÖVP setzt Sozialarbeit mit Sozialpolitik gleich und geht davon aus, dass diese dazu da ist, gesellschaftspolitische Vorstellungen und Entwürfe mit politischen Wertvorstellungen in der konkreten Politik umzusetzen. Ursula Haubner, die Sozialsprecherin des BZÖ, sieht es als ihren Auftrag, Probleme aufzuzeigen und zu schauen wie man es besser machen kann. Überschneidungen zwischen Politik und Sozialarbeit sieht nur die KPÖ, die als Beispiel die beiden großen Einrichtungen Caritas und Volkshilfe nennt, die einen politischen Hintergrund haben. Weiters meint hier Fr. Grün, die Sozialsprecherin der KPÖ, dass in der staatlichen Sozialarbeit Überschneidungen stattfinden, weil die momentan regierende Partei hier mehr Mitsprache hat als bei privaten Vereinen.

### 3.2.4. Sozialpolitischer Schwerpunkt der Parteien

Als große Gemeinsamkeit aller Parteien kristallisierte sich die Armutsbekämpfung heraus, wobei die Herangehensweisen unterschiedlich ausfielen. Die KPÖ spricht sich für die faire Verteilung des Reichtums sowie für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. *„Wo wir uns sicherlich auch unterscheiden, ist, dass wir sagen, wenn wir schon nicht so viel Mittel zur Verfügung haben, dass wir die ganze Welt damit retten können, dann muss man Unterschiede machen und kann nicht jedem diese Sozialleistungen zukommen lassen. Dann muss ich sagen, ich gebe bestimmte Leistungen z.B. den österreichischen Staatsbürgern oder den EU Bürgern“*, gab die Sozialsprecherin der FPÖ ergänzend an. Hervorzuheben ist weiters, dass von den VertreterInnen der FPÖ, dem BZÖ sowie der SPÖ auch die Verbesserung und Weiterentwicklung des Pflegegeldes genannt wurde.

### 3.2.5. Umsetzung der sozialpolitischen Schwerpunkte

Seitens der kleineren bzw. Oppositionsparteien (BZÖ und KPÖ) wurde durchwegs angegeben, dass diverse Anträge (z.B. die Energiegrundsicherung bei der KPÖ) gestellt werden bzw. wurden. Die SPÖ gab wiederum an, dass zurzeit auch oft das Geld für konkrete Projekte fehlt. Die ÖVP verwies auf die bisherige Arbeit der OÖ Regierung und die damit verbundenen Errungenschaften wie das Chancengleichheitsgesetz und nannte Oberösterreich ein „Vorzeigeland“. Die Grünen nannten als konkrete Projekte die Wiederauflage eines speziellen Wörterbuches für MigrantInnen sowie die Mithilfe von Stadtteilentwicklung und -planung.

### 3.2.6. Aktuelle Themen/„heiße Eisen“

Die SPÖ sowie die Grünen sahen zum Zeitpunkt der Interviews die Bedarfsorientierte Mindestsicherung als aktuelles Thema an. Für die ÖVP, das BZÖ und die FPÖ wurde als heißestes Eisen die Betreuung von alten Menschen genannt. Die KPÖ gab auch hier wie schon beim sozialpolitischen Schwerpunkt die gerechte Umverteilung von Reichtum an: *„An dem hängt sich für mich alles auf: Wer besitzt Kohle und wer hat sie nicht?“*

Die InterviewpartnerInnen wurden von uns auch auf bestimmte Themen, die zum Zeitpunkt der Interviews in Medien zu hören und zu sehen waren, gezielt angesprochen. Dazu wurden folgende Aussagen getätigt:

#### Arigona Zogaj:

Die KPÖ, die SPÖ sowie die Grünen brachten ganz klar zum Ausdruck, dass sie das Vorgehen der Regierung und die mediale Hetze nicht unterstützen. Es fielen Schlagwörter wie *„menschenfeindlich, kaltherzig, Skandal, Schweinerei“*. Seitens der Sozialsprecherin der Grünen, Ulrike Schwarz, wurde aber auch auf die Fälle verwiesen, die gut laufen: *„Wir haben viele solcher Fälle in Österreich, die wir gut gelöst haben, die Arigona hat den riesen Nachteil gehabt, dass der Fall – war aber vielleicht auch nicht ganz unschuldig dabei – dass der einfach medial so viel Beachtung gefunden hat.“*

Seitens der ÖVP, der FPÖ und des BZÖ sei Arigona ein Beispiel der nicht funktionierenden Asylpolitik. Die Ansprechpartnerin der FPÖ räumte ein, dass hier schon mit



zu wenig Fingerspitzengefühl vorgegangen worden sei. ÖVP und BZÖ gaben darüber hinaus noch an, dass schnellere Prüfungsverfahren, ob Asyl besteht oder nicht, solche Fälle verhindern könnten. Die FPÖ gibt zu bedenken, dass den Schleppern, Asylanwälten, NGO`s und sonstigen Organisationen, die sich in einem solchen Fall einschalten, eine Mitschuld anzukreiden sei, da diese die betroffenen Menschen erst auf die Idee bringen, Asylverfahren durch Kettenanträge jahrelang zu verschleppen.

#### Bedarfsorientierte Mindestsicherung:

Mit Ausnahme des BZÖ sehen alle Parteien in Oberösterreich die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (im Folgenden BMS) positiv im Sinne einer einheitlichen Regelung für Österreich und der damit verbundenen Krankenversicherung für alle. Es wurden aber auch Zweifel genannt: einerseits sprechen sich KPÖ und Grüne gegen die Verknüpfung von BMS und Arbeitswilligkeit bzw. -fähigkeit aus, andererseits ist die FPÖ nicht damit einverstanden, dass auch AsylantInnen im selben Ausmaß Zugang zur BMS haben. Das BZÖ sprach sich klar gegen die BMS aus und begründete dies damit, dass vielen damit der Anreiz zu arbeiten genommen wird, der Staat aber eine Gegenleistung verdient. Es wurde damals von allen Parteien angenommen, dass die BMS demnächst auch in OÖ kommen würde. Bis heute wurde diese in allen Bundesländern, außer eben OÖ eingeführt.

#### **3.2.7. Schwachstellen der Parteien**

In diesem Punkt konnten bei der Auswertung - bis auf eine Ausnahme - keine übereinstimmenden Aussagen gefunden werden. Es gibt sehr individuelle Schwächen bzw. Mängel, die bekanntgegeben wurden. Die KPÖ gab als ihre Schwäche an, so wenige zu sein. LHStv. Josef Ackerl (Sozialsprecher SPÖ) räumte ein, dass es natürlich Mängel gibt, sonst wäre man ja eine „*Supertruppe*“. Er sieht Verbesserungsbedarf in der Qualifizierung des Personals. Die Grünen sowie die ÖVP stimmen hier insoweit überein, als dass beide Parteien als ihre Schwäche die klassische Zuordnung der Partei sehen. Die ÖVP würde sich wünschen, nicht nur als Wirtschaftspartei gesehen zu werden, wohingegen die Grünen angeben, manchmal damit zu hadern, als Gegenpol der FPÖ da zu stehen. Laut Ulrike Schwarz (Sozialsprecherin Grüne) würde dadurch der Eindruck entstehen, als kümmere sich die Partei nur um AusländerInnen und vernachlässige die Einheimischen. Das BZÖ sieht keine Mängel, würde

sich aber innerhalb sowie auch außerhalb der Partei mehr Männer im Sozialresort wünschen: *„Ich wünschte mir, dass sich viel mehr Männer noch aktiv einbringen. Und die Dinge auch noch besser erkennen. Nicht nur plakativ, sondern auch in der beinhaltenden Alltagsarbeit“*, so Ursula Haubner (Sozialsprecherin BZÖ). Die FPÖ wurde zu diesem Punkt nicht befragt.

### **3.2.8. Zukünftige Aufgaben der Sozialarbeit**

Auch hier wurde wieder das große Thema *„Armutsbekämpfung“* von jeder Seite angesprochen. In diesem Zusammenhang wurde von Mag. Michael Strugl (Sozialsprecher ÖVP) die *„neue Armut“* genannt: *„...die oft ganz unvermutete Gesichter aufzeigt. Es können Leute sein, die gar nicht klassisch aus den untersten Bildungs- bzw. Einkommensschichten der Gesellschaft kommen, sondern es kann genauso ein gut situierter Mensch sein, der auch aufgrund einer Scheidung oder anderen schwierigen Lebenssituationen z.B. arbeitslos durch Kündigung oder Krankheit da hinein rutscht.“*

Auch die Altenbetreuung und Pflege von alten Menschen wurden als Zukunftsthema angegeben. Die SPÖ und die FPÖ sehen auch die Zuwanderung bzw. Migration als weiterhin herausforderndes Thema, wobei natürlich aus anderen Blickwinkeln. Weiters wurden noch genannt: Schulsozialarbeit, Kinderbetreuung, Jugendfürsorge sowie die Doppelbelastung durch Familie und Beruf ganz besonders für Frauen. Letztere Aussage wurde von Ulrike Wall (Sozialsprecherin FPÖ) geäußert, die sich hier wünschen würde, dass es Frauen durch die richtige Unterstützung möglich wird, zuhause bei den Kindern bzw. bei zu pflegenden Personen zu bleiben. Ihrer Meinung nach könnte dieser Druckwegfall einerseits psychischen Krankheiten vorbeugen und andererseits dem Staat Kosten z.B. für Kinderbetreuung ersparen.

### **3.2.9. Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Vereinen**

Die genauesten Ausführungen zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien brachte die KPÖ ein. Gerlinde Grün, Sozialsprecherin der KPÖ, hat hier zu jeder Partei ihre Meinung kundgetan, wobei die Kritik an der FPÖ am klarsten zum Ausdruck kam. Die SPÖ gibt an, dass es Zusammenarbeit mit den anderen Parteien im parlamentarischen Raum gibt und das genüge. SPÖ-Sozialsprecher LHStv. Josef Ackerl wünscht sich auch keine bessere Zusammenarbeit, da die Unterschiede einfach zu groß sind.

Grundsätzlich sind die Parteien bemüht um Zusammenarbeit untereinander, wobei natürlich auch aufgrund der Ausrichtung sich manche Parteien näher stehen als andere. BZÖ-Sozialsprecherin Ursula Haubner führte ergänzend an: *„Ich täte mir einfach wünschen, dass die Regierungsparteien öfter von einer Opposition die Anträge aufgreifen und umsetzen. Das ist leider nicht so der Fall.“*

Bezüglich der Zusammenarbeit mit Vereinen wird ebenfalls von allen angegeben, dass Kontakt zu sozialen Institutionen besteht. Es wurden hier folgende Vereine und Einrichtungen genannt: Caritas, Hilfswerk, Pro mente, Exit Sozial und Assista.

### **3.2.10. Berufsgesetz für Sozialarbeiterinnen**

Hier stießen wir teilweise auf Unwissen der InterviewpartnerInnen und mussten erst erklären, dass es kein Berufsgesetz für SozialarbeiterInnen gibt. Es waren aber alle sechs Parteien für ein Berufsgesetz und gaben auch an, die Einführung zu unterstützen. Besonders wichtig finden die Parteien in diesem Fall die Qualifikation und die einheitliche Ausbildung. *„Die Qualifikationsprofile in dem Bereich sind genauso wichtig wie bei einem Mediziner“*, so Gerlinde Grün von der KPÖ. Ulrike Wall (Sozialsprecherin der FPÖ) war verwundert, dass dieses noch immer nicht durchgesetzt wurde, da ihr bekannt ist, dass im Jahr 2008 diesbezüglich eine Resolution vom oberösterreichischen Landtag an den Bund gegangen ist. Hervorzuheben in diesem Punkt ist Ursula Haubner (Sozialsprecherin BZÖ), die einen Entschließungsantrag vom Mai 2010 vorlegte, in dem wieder beantragt wurde, für SozialarbeiterInnen das Berufsgesetz sowie die Ausbildung zu regeln.

## **4. SOZIALE EINRICHTUNGEN**

### **4.1. Durchführung**

Zur Befragung der sozialen Organisationen wurden ebenfalls ExpertInneninterviews durchgeführt und ein entsprechender Leitfaden entwickelt. Insgesamt wurden VertreterInnen von 11 Vereinen bzw. Organisationen interviewt. Die Interviews, die meist an den Standorten der Vereine und Organisationen durchgeführt wurden, wurden transkribiert und mittels MAXQDA10 ausgewertet.

VertreterInnen folgender Sozialer Organisationen wurden interviewt: Pro Mente, Exit Sozial, Diakonie Spattstraße, Caritas OÖ, Volkshilfe OÖ, Substanz, ARGE für Obdachlose, Verein migrare, Heidlmair, OBDS und Neustart

### **4.2. Ergebnisse**

Die Auswertung der Antworten der InterviewpartnerInnen bei den sozialen Vereinen und Organisationen in Oberösterreich auf die einzelnen Fragen unseres Leitfaden-Interviews ergab folgendes Bild.

#### **4.2.1. Politikverständnis**

Laut dem „Duden“ wird Politik definiert als *„auf die Durchsetzung bestimmter Ziele besonders im staatlichen Bereich und auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichtetes Handeln von Regierungen, Parlamenten, Parteien, Organisationen o.Ä.“* bzw. als *„taktierendes Verhalten, zielgerichtetes Vorgehen“* (Duden-online 2011, [www.duden.de](http://www.duden.de)). Diese Definition wurde mehr oder weniger auch von den InterviewpartnerInnen der sozialen Organisationen genannt. Wobei unter Politik mehrheitlich nicht die reine Steuerung der Gesellschaft durch Parteien, Parlamente und Ähnlichem gesehen wurde, sondern auch der gesellschaftliche Auftrag. Das heißt, Politik findet nicht nur organisiert statt, sondern jeder kann Politik betreiben. Sie geht nicht nur von oben, das heißt vom Parlament, aus. Sie soll von unten, das heißt von der Bevölkerung, nach oben gehen. Die Idealvorstellung von Politik ist die Gestaltung von Zukunft. Außerdem antworteten die Befragten noch, dass Politik für sie bedeutet mitzuwirken und wirksam zu sein.

#### **4.2.2. Politischer Auftrag der Sozialarbeit**

Die Frage nach dem politischen Auftrag der Sozialarbeit wurde von allen InterviewpartnerInnen mit „Ja“ beantwortet. So eindeutig es ist, dass Sozialarbeit einen politischen Auftrag hat, desto schwieriger scheint es aber diesen Auftrag genau zu definieren. Der Code of Ethics des IFSW (International Federation of Social Work) bietet folgende Umschreibung dafür: *„SozialarbeiterInnen haben die Pflicht ihre AuftraggeberInnen, EntscheidungsträgerInnen, PolitikerInnen und die Öffentlichkeit auf Situationen aufmerksam zu machen, in denen Ressourcen unangemessen sind oder in denen die Verteilung von Ressourcen, Maßnahmen und Praktiken unterdrückerisch, ungerecht oder schädlich ist“* (IFSW 2004, [www.sozialarbeit.at](http://www.sozialarbeit.at)).

Die politische Sozialarbeit wird sehr vielfältig gesehen. Einerseits haben alle MitarbeiterInnen einen politischen Auftrag, weil sie mit dem Klientel direkt in Kontakt kommen und deren Probleme und Nöte am besten erfassen können. Aber auch jede Organisation hat von Führungsebene aus einen politischen Auftrag, indem sie gesellschaftliche Probleme erfassen, definieren und das den politischen Parteien weiter geben, um eine politische Veränderung herbei zuführen. Hier trifft sich auch wieder die Ansicht über Politik allgemein. Sie geht nicht nur von oben nach unten, sondern braucht die Information von unten um überhaupt über die verschiedenen Problemstellungen Bescheid zu wissen. Der politische Auftrag besteht darin, Missstände in der Gesellschaft aufzuzeigen und auf Mängel hinzuweisen. Es wird aber immer schwieriger diesen Auftrag umzusetzen, da viele Organisationen von der Politik abhängig sind. Wegen der finanziellen Abhängigkeit gibt es Ängste, die politisch Verantwortlichen zu kritisieren.

#### **4.2.3. Umsetzung des politischen Auftrages**

Wie eine konkrete Umsetzung des politischen Auftrages aussieht, wurde marginal bis gar nicht beantwortet. Es wurden allgemeine Antworten gegeben wie: „auf Mängel aufmerksam machen“, „Lösungen anbieten“ und „auf gesellschaftspolitische Themen Einfluss nehmen“. Die sozialen Organisationen versuchen zu agieren und zu reagieren um gesellschaftlichen Missständen entgegen zu wirken. Aber es geht nicht nur darum, auf Probleme aufmerksam zu machen, sondern auch aktiv zum politischen Geschehen etwas beizutragen. Der operative Beitrag der sozialen

Organisationen passiert in verschiedenen Beiratsfunktionen, wie dem Suchtbeirat oder bei der Mitarbeit von Gesetzesentwürfen, wie z.B. dem Chancengleichheitsgesetz (ChG).

Es besteht aber auch immer ein Unterschied bezüglich der Zielgruppe und Größe der sozialen Institutionen. Politisch aktiv sind meistens VertreterInnen von Minderheiten, wie der Wohnungslosenhilfe oder der Flüchtlings- und MigrantInnenhilfe. Sie versuchen die Gesellschaft aufmerksam zu machen und die Toleranz gegenüber sozialen Randgruppen zu stärken. Größere Organisationen wie z.B. die Caritas bearbeiten allgemeinere Themen, haben aber durch ihre Größe und somit ihre finanziellen Mittel, die Möglichkeit mehr Menschen zu erreichen.

Weiters wurde von einer Organisation geantwortet, dass jede Dienstleistung oder jedes Angebot automatisch mit einem gesellschaftspolitischen Auftrag verbunden ist, weil sich diese Organisation als Entwicklungshelfer für die Gesellschaft definiert.

#### **4.2.4. Vernetzung**

In sehr vielen Bereichen gibt es Vernetzungen mit anderen sozialen Einrichtungen und in die dadurch existierenden Gremien werden oft MitarbeiterInnen entsandt. Auf politischer Ebene wird diese Aufgabe meist von der Geschäftsführung erledigt. Die Vernetzung mit anderen sozialen Einrichtungen sei sehr wichtig, weil man Ideen ohne Vernetzung und ohne die Zustimmung der breiten Basis nicht durchsetzen könnte. Weiters wird von einer sozialen Organisation berichtet, dass es auch Vernetzung auf Europäischer Ebene gibt.

#### **4.2.5. Öffentlichkeitsarbeit**

Bei den größeren sozialen Organisationen wie Caritas und Diakonie gibt es eigene Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit bzw. Sozialpolitik, wobei hier teilweise die Abteilungen österreichweit arbeiten und nur das Relevante auf Oberösterreich umgelegt und herunter gebrochen wird. Die Caritas hat auch für Oberösterreich sowohl eine sozialpolitische Abteilung wie auch eine Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Für die kleineren Organisationen ist eine eigene Abteilung „Sozialpolitik“ oder „Öffentlichkeitsarbeit“ finanziell nicht realisierbar.

Während in den großen Institutionen Caritas und Diakonie dafür eigene Stabstellen vorhanden sind, liegt die Aufgabe bei den kleineren Einrichtungen bei der Geschäftsführung oder Abteilungsleitung.

#### 4.2.6. Sozialpolitische Ziele

Sozialpolitische Ziele haben die meisten der sozialen Institutionen im Bereich von Vertretung ihres Klientel und der Schaffung des bestmöglichen Angebotes. Die Institutionen versuchen in ihrer Arbeit eine Nichtdiskriminierung und eine Gleichstellung ihrer KlientInnen zu erreichen. Im Sinne einer Anwaltschaft wollen sie ihre KlientInnen vertreten.

Für alle Organisationen ist es auch wichtig, ihre sozialpolitischen Ziele in ihr Leitbild und ihren Konzepten zu verankern. Bei genauer Betrachtung der Leitbilder ist aber ein großer Unterschied bzgl. der konkreten Formulierung des sozialpolitischen Auftrages sichtbar. In einigen Organisationen ist das Leitbild beinahe gänzlich auf sozialpolitische Themen aufgebaut, während bei anderen die sozialpolitischen Ziele nicht in ihrer ganzen Fülle in den Konzepten Platz haben.

Nicht nur sozialpolitische Ziele werden konkretisiert, oft wird auch ein gesellschaftspolitischer Ansatz vertreten. Die meisten der VertreterInnen der sozialen Organisationen sehen ihre Aufgabe darin, auf gesellschaftspolitische Missstände aufmerksam zu machen und sehen sich *„als aktiver Teil der Zivilgesellschaft und als Ergänzung und Erweiterung der Agenden der öffentlichen Hand“* (Volkshilfe 2011, <http://www.volkshilfe-ooe.at>).

Der Verein „Neustart“ hat in seinem Leitbild formuliert, dass Neustart *„...für eine humane, tolerante, demokratische und solidarische Gesellschaft...“* (Neustart 2006, [www.neustart.at](http://www.neustart.at)) eintritt und führt aus, inwiefern das ihre Klientel betrifft. Der Ansprechpartner von Neustart erklärt, dass Sozialpolitik in ihrem Verein eng mit Kriminalpolitik im Zusammenhang steht. Das Ziel von Neustart ist es, straffällig gewordene Menschen nicht sozial auszugrenzen, sondern in die Gesellschaft zu integrieren, indem soziale Benachteiligungen abgebaut werden, damit straffällige Menschen ein deliktfreies Leben führen können. Der Verein Neustart hat in seinem Leitbild sehr genau definierte sozialpolitische Ziele formuliert.

Auch Migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ - hat im Leitbild sehr klare sozialpolitische und gesellschaftspolitische Standpunkte formuliert. Auch hier geht es

um das Kernklientel und dessen Eingliederung in die Gesellschaft. Aber auch allgemein steht Migrare für eine Gesellschaft *„...basierend auf Chancengleichheit und Gleichberechtigung...in der das Miteinander von Respekt und Wertschätzung getragen wird...die die Vielfalt ihrer Mitglieder als Bereicherung und Potential sieht“* (Migrare 2011, <http://www.migrare.at>).

Die Arge Obdachlose definiert ihre sozialpolitischen Ziele wieder sehr spezifisch auf ihre Zielgruppe. Sie sieht aber ihre Aufgabe auch darin, Themen aufzuzeigen, die in der Gesellschaft übersehen werden könnten und geht hier näher auf Wohnungslosigkeit und Armut ein (vgl. Arge für Obdachlose 2011, [www.arge-obdachlose.at](http://www.arge-obdachlose.at)).

Exit-sozial spricht im Leitbild von gesellschaftspolitisch motivierten Zielen und nimmt auch die Gesellschaft selbst mit in die Verantwortung für adäquate Hilfe für sozial benachteiligte Personen (vgl. Exit -sozial 2011, [www.exitsozial.at](http://www.exitsozial.at)).

Die Gesprächspartnerin von Pro mente definiert die sozialpolitischen Ziele der Organisation mit der Nichtdiskriminierung und Gleichstellung von Menschen mit psychischen Problemen. Pro mente möchte gegen die Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Problemen ankämpfen.

Einrichtungen mit kirchlichen Trägern, wie Diakonie und Caritas, definieren ihre Ziele und Aufgaben mit religiösen Werten. Die Diakonie Österreich formuliert in ihrem Grundsatzpapier ihre primäre Aufgabe *„sich in besonderer Weise jenen Bereichen von Not zuzuwenden, die vom Netz öffentlicher sozialer Einrichtungen nicht entsprechend wahrgenommen werden. Diakonisches Handeln ist immer auch Protest, weil es Not lindert, und zugleich nach Veränderung der Bedingungen ruft, die die Not verursachen. Wir halten fest, dass die soziale Aufgabe grundsätzlich Bestandteil der Verantwortung des Staates ist und achten ihn auch darin.“* (Diakonie 1997, <http://www.diakonie.at>).

Auch die Diakonie Spattstraße sieht den diakonischen Auftrag als die sozialpolitischen Ziele der Organisation und will auf eine Gesellschaft hinarbeiten, in der der Wert jedes Menschen anerkannt, gewahrt und gestärkt wird (Diakonie Zentrum Spattstraße 2011; <http://www.spattstrasse.at>)

Die Caritas hat in ihrem Leitbild den sozialpolitischen Aspekt ebenfalls verschriftlicht und sieht ihre Aufgabe darin *„...das soziale Gewissen in Gesellschaft und Kirche zu schärfen. Deshalb mahnen wir, wo wie es für erforderlich erachten, bei allen Gruppierungen in Gesellschaft, Staat und Kirche deren sozialpolitische*



*Verantwortung ein.*" (Caritas OÖ 2000; <http://www.caritas-linz.at>). Weiters definiert der Ansprechpartner der Caritas die sozialpolitische Aufgabe der Organisation als Anwaltschaft und Fürsprecher für die KlientInnen.

#### **4.2.7. Sozialpolitische Tätigkeiten**

Grundsätzlich werden die sozialpolitischen Tätigkeiten als Aufgabe der Geschäftsführung gesehen. Besonders wenn es darum geht, die sozialpolitischen Positionen der einzelnen Einrichtungen nach außen in die Öffentlichkeit zu tragen. Die AnsprechpartnerInnen bei den Interviews sprachen aber alle auch davon, dass die Organisation ihre MitarbeiterInnen und somit die Basis braucht, um überhaupt sozialpolitisch tätig sein zu können. Die MitarbeiterInnen arbeiten direkt mit den Betroffenen zusammen und wissen, welche Probleme Menschen in sozialen Notlagen haben. Aufgabe der Basis ist somit das Aufzeigen der Problematiken, während die Geschäftsführung dann die Position dazu formuliert und ihre politische Richtung definiert.

Die Arge für Obdachlose geht einen Schritt weiter und nimmt auch die KlientInnen mit ins Boot, um sozialpolitische Probleme aufzudecken und auch in die Öffentlichkeit zu bringen, wie zum Beispiel in der Straßenzeitung „Kupfermuckn“, wo Betroffene selbst über ihre Probleme schreiben.

Vor allem brauchen die sozialen Organisationen Zeit und auch Personalressourcen zur politischen Tätigkeit. Beides ist von der wichtigsten Ressource abhängig, die zurzeit sehr knapp bemessen ist, den Finanzen. Ebenso wichtig ist es, eine offene, konstruktive Gesprächsbasis mit dem politischen Verantwortlichen zu haben. Außerdem ist es notwendig, sich untereinander zu vernetzen, denn gemeinsame Interessen können so leichter zum politischen Thema gemacht werden.

Der Interviewpartner der Arge für Obdachlose meint dazu: *„Die Vernetzung braucht man natürlich, vernetzt sind wir glaub ich recht gut in der Wohnungslosenhilfe und im Armutsbereich, da ist Oberösterreich sicher vorbildlich. Es braucht auch die Einbindung von der Politik her. Es gibt alljährlich eine Fachkonferenz zum Sozialprogramm Wohnungslosenhilfe vom Land und da sind dann eben die Träger der Wohnungslosenhilfe eingeladen. Das wären die Rahmenbedingungen, dass man sagt bei Geset-*

*zen, Verordnungen und dergleichen bindet man die NGO's ein und das erfolgt fallweise.“*

Durch die knapper werdenden Ressourcen wird die Lobbyarbeit geschwächt und auch der bürokratische und verwaltungstechnische Aufwand trägt dazu bei, dass die Ressourcen für politische Aktivitäten beschränkt sind.

Deshalb ist es auch besonders wichtig, dass sich Einrichtungen immer wieder dazu motivieren. Die Motivation für politische Tätigkeiten ist eine große Herausforderung, da die finanziellen Mittel immer geringer werden.

Auch die Stärkung der MitarbeiterInnen, die an der Basis arbeiten, ist für viele Organisationen wichtig.

Zu der Frage nach den Rahmenbedingungen meinte ein Vertreter der Pro mente OÖ: *„Offenheit, Toleranz und Akzeptanz. Das zeigt sich momentan in einer, für mich, Ignoranz, wo einfach nicht akzeptiert wird, wenn wir sagen, dass das was gerade passiert eine totale Verschlechterung und auf lange Sicht Verteuerung ist. Das wird nicht gesehen und das möchte man auch nicht sehen. Also eine Offenheit gegenüber den Argumenten von Menschen, die an der Basis arbeiten ist notwendig, um eine sinnvolle Sozialpolitik zu machen. Ich muss auch hören, was die sagen. (...) Die Offenheit muss intern genauso gelten wie die Offenheit im Land und im Bund.“*

Sozialpolitisches Engagement unterliegt immer wieder einer Spannung zwischen der persönliche Meinung, dem Ideal – formuliert in den Leitbildern - und der konkreten Wirklichkeit. Begründet wird das damit, dass das Land OÖ die Ziele vorgibt und die Vereine davon abhängig sind. Besonders die Einsparungen, die oft auf Kosten der KlientInnen gehen, vergrößern diese Kluft. Durch das Chancengleichheitsgesetz fließen viele Ressourcen in die Verwaltung und den bürokratischen Aufwand und stehen den MitarbeiterInnen so nicht mehr zu Verfügung.

Auch das doppelte Mandat wurde in diesem Zusammenhang genannt: Die KlientIn als KundInnen einerseits, aber das Land OÖ/die Politik als Auftraggeber und die SozialarbeiterInnen, die beide Seiten zufrieden stellen sollen.

Es wäre zwar für viele Vereine ein wünschenswert, wenn sich die persönliche Meinung auch im beruflichen Kontext immer umsetzen lassen würde, aber durch die Gegebenheiten wie Auftrag, Ressourcen und Budget sind dem Grenzen gesetzt.

*„Ich kann schon allen Politikern mit dem Ellbogen ins Gesicht fahren, glaube aber dass das die Abwehrreaktion und nicht die Gesprächsbereitschaft fördert. Insofern sind manche Sachen nicht so plakativ wie es sich manche wünschen würden“,* kommentiert der Ansprechpartner der Caritas dazu.

Ähnlich sieht es auch der Interviewpartner der Arge für Obdachlose: *„Natürlich gibt’s Dinge wo man öfter gern kräftiger dreinfahren würde und dann die Kontenance braucht weil der Verein kriegt halt Geld von da und dort.“*

#### **4.2.8. Naheverhältnis zu Parteien und deren Auswirkungen**

Der Großteil der sozialen Institutionen gibt an, zu keiner bestimmten politischen Partei ein Naheverhältnis zu haben. Die meisten Einrichtungen haben in ihren Statuten bzw. Leitbildern verankert überparteilich, und somit keiner Partei zugehörig, zu sein. Es ist eher so, dass mit den VertreterInnen und MinisterInnen jeder Partei zusammengearbeitet wird.

Zum Teil ergibt sich eine Abhängigkeit durch die Finanzierung über den Bund bzw. das Land OÖ – hierbei jedoch nicht von einer konkreten Partei, sondern von der jeweiligen regierenden Partei.

Manche sozialen Organisationen haben VertreterInnen aus unterschiedlichen Parteien im jeweiligen Vorstand, achten jedoch stets auf Ausgeglichenheit und einen nicht zu stark parteipolitisch geprägten Einfluss auf ihre Arbeit.

Einzig die Volkshilfe, die aus der Arbeiterbewegung entstanden ist, gibt an, der SPÖ nahe zu stehen. Dieses Naheverhältnis habe jedoch keinerlei Auswirkungen auf ihre Arbeit.

#### **4.2.9. Finanzierung und Einfluss auf sozialpolitische Tätigkeit**

Bei allen Organisationen handelt es sich um eine Mischfinanzierung. Angegeben wurde, dass Gelder von mindestens zwei bis zu sechs verschiedenen Stellen kommen.

Sechs der elf von uns befragten sozialen Organisationen gaben an, zu einem überwiegenden Teil von der Sozialabteilung des Landes OÖ finanziert zu werden. Diese Finanzierung passiert in Form von Leistungsverträgen, das heißt die Organisationen

können nicht frei über die Gelder und deren Einsatz bestimmen, sondern sie sind an bestimmte Leistungen gebunden. Zusätzlich gibt es Förderungen, die jeweils mit der Zielgruppe der Organisation zusammen hängen. Genannt wurden: der Europäische Flüchtlings- und Integrationsfond, das Bundessozialamt, das AMS, das Innenministerium, das Frauenministerium, die Stadt Linz, die Sozialhilfeverbände, die Gemeinden, und das Justizministerium. Außerdem werden kleine Bereiche durch Spenden oder Eigenerlöse in Werkstätten finanziert. Einige Organisationen können über die Spenden frei verfügen und sie dort einsetzen, wo sie gebraucht werden. Es gibt aber auch Spenden für bestimmte Projekte, wie z.B. bei der Caritas für „Not im Inland“, die dann auch nur für dieses Projekt als Finanzierung dienen.

Die Antworten auf die Frage nach dem Einfluss der Finanzierung auf die sozialpolitische Tätigkeit waren sehr breit. Ein klares „Nein“ kam jedoch nur von einer einzigen Organisation als Antwort.

Durch die Leistungsverträge können soziale Organisationen nicht mehr so frei in ihren finanziellen Entscheidungen sein, wie sie es früher waren. Dadurch, dass das Land als Auftraggeber eine Monopolstellung hat, ist auch der finanzielle Druck gestiegen. Einsparungsmaßnahmen müssen getroffen werden. Auf der Seite des Auftraggebers gibt es ein Monopol, aber auf der Seite der Auftragnehmer, in diesem Fall soziale Einrichtungen, gibt es eine Vielzahl von Angeboten. Deshalb werden einzelne Projekte nicht mehr finanziert weil davon ausgegangen wird, dass es bestimmt schon eine Einrichtung gibt, welche ein ähnliches Angebot hat.

Ein/e InterviewpartnerIn einer sozialen Einrichtung formulierte dazu Folgendes: *“Wir können die Öffentlichkeit aufmerksam machen, wir können allgemein politisch sein. Nicht parteipolitisch, sondern gesellschafts- und sozialpolitisch können wir Missstände aufzeigen, können Lösungen anbieten, aber wir können uns sicher nicht erlauben, die für uns zuständigen Politiker zu verärgern!”*

#### **4.2.10. Eingebundenheit in politische Entscheidungen**

Die Mehrheit der Institutionen erhält Gesetzesentwürfe und -novellen, die den Tätigkeitsbereich des Vereins betreffen, sowie Richtlinien zur Begutachtung und wird auch um eine Stellungnahme dazu gebeten. Auch in Arbeitskreisen werden Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzen verfasst. Doch es gibt keine wirkliche Entscheidungsmacht, da vor allem bei wesentlichen Dingen (z.B. Finanzierung) keine Mitsprache-

möglichkeit gegeben ist. Teilweise werden jedoch VertreterInnen der sozialen Organisationen als BeraterInnen zu Gremien eingeladen, um die Meinung der Praxis bei der Erstellung von z.B. Leitbildern kund zu tun. Wirklich eingebunden in politische Entscheidungen fühlt sich die Mehrheit der AnsprechpartnerInnen der sozialen Einrichtungen nicht.

*„Sinnvolle Arbeit ist es dann, wenn unsere Mitwirkung auch wirklich als Mitwirkung gesehen und auch so akzeptiert wird. Es gibt immer wieder Gremien wo man als Aufputz gesehen wird, lediglich als Alibi. Damit man auf der Liste ist und gesagt werden kann es wurde sehr breit eingeladen. Und man merkt aber bei den Beschlüssen und den Endprodukten, dass absolut gegenteilige Meinungen vertreten wurden. Davon distanzieren wir uns auch öffentlich und wir ziehen uns auch von solchen Kreisen zurück, bzw. tragen die Entscheidungen als solche nicht mit“* erklärt dazu der Ansprechpartner von Migrare.

*„Man fragt uns – manchmal nur pseudomäßig, dass wir halt gefragt sind... Manches bewegt sich dann auch, aber das ist nicht die Regel“* beschreibt der Vertreter von Neustart die Zusammenarbeit.

#### **4.2.11. Rolle des OBDS bei der Umsetzung des sozialpolitischen Auftrags**

Der Berufsverband der SozialarbeiterInnen ist bei Führungspersonen der sozialen Einrichtungen teilweise unbekannt bzw. wird ihm keine große Rolle bei der Umsetzung des sozialpolitischen Auftrages zugeschrieben. Am ehesten wird dem Berufsverband zugeschrieben, dass er standespolitische Themen einbringt. Zum Teil wird kritisiert, dass der OBDS zu sehr an der Durchsetzung eines Berufsgesetzes hänge – was durchaus befürwortet werde, jedoch vernachlässige er dadurch eine andere, sehr wichtige Aufgabe. Diese wäre die „Vermarktung“ von Sozialarbeit. Hauptaufgabe des Berufsverbandes sollte es sein, der Gesellschaft den Nutzen und Gewinn Sozialer Arbeit zu verdeutlichen.

#### **4.2.12. Sozialpolitische Lage in Oberösterreich**

Zur momentanen sozialpolitischen Lage in OÖ sind sich die VertreterInnen der sozialen Einrichtungen einig, dass durch die Einsparungen und Umverteilungen der Zu-

ständigkeiten eine allgemeine Verschlechterung eingetreten ist. Trotz der massiven Kürzungen wird dem Land Oberösterreich sozialpolitisch, im Vergleich zu den anderen Bundesländern, noch ein gutes Zeugnis ausgestellt. Als Negativbeispiel wurde mehrmals Niederösterreich genannt. Von der Bundespolitik würde man größere Reformen erwarten. Das Geld sei da, nur die Verteilung stimme nun ganz und gar nicht mehr.

Die Politik sollte den Wert der Sozialarbeit für die Wirtschaft erkennen und nicht nur die Kosten sehen. In diesem Bereich sind einerseits viele Menschen beschäftigt, die mit ihrem Einkommen wiederum die Wirtschaft fördern. Andererseits wird Personen, die aus der Gesellschaft ausgegliedert wurden, die Möglichkeit gegeben, sich wieder zu integrieren und somit auch wieder an „volkswirtschaftlichem Wert“ zu gewinnen. Soziale Unternehmen sollen nicht unter dem Gesichtspunkt „non-profit“ gesehen werden, sondern das Augenmerk sollte auf „social-profit“ gelegt werden.

Folgendes Zitat trifft die gemeinsamen Ansichten am besten: *„Also, für mich ist es so, dass nur die Wirtschaft an erster Stelle steht. Das Soziale wird versucht zu beschneiden, das Soziale ist immer in der Ecke. Sozialpolitisch wird das, was der Sozialbereich leistet, überhaupt nicht gesehen. Es werden generell die Sozialleistungen überall gekürzt. Es wird versucht, den Sozialbereich so billig wie möglich zu halten. Die Qualität wird runtergefahren, die Kosten müssen reduziert werden. Eigentlich müsste es umgekehrt sein. Der Mensch müsste im Mittelpunkt stehen und die Wirtschaft müsste dem Menschen dienen, aber momentan habe ich das Gefühl, wir müssen alles tun, damit es der Wirtschaft gut geht.“*

## 5. VERGLEICH

Im Vergleich der Äußerungen über den politischen Auftrag der Sozialarbeit zeigt sich, dass sowohl die VertreterInnen der Parteien als auch die InterviewpartnerInnen der Sozialeinrichtungen sich darüber einig sind, dass Sozialarbeit einen „sozialpolitischen Auftrag“ hat. Dieser besteht im Wesentlichen darin, gesellschaftspolitische Missstände und den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf aufzuzeigen.

Wesentlich schwieriger gestaltet es sich, einen Konsens über die Art und Weise, wie dieser Auftrag erfüllt werden kann, zu finden. Während die Parteien zum Großteil der Meinung sind, dass in der Politik die Rahmenbedingungen für Sozialarbeit geschaffen werden, fühlen sich die Sozialeinrichtungen genau in diesem Punkt im Stich ge-

lassen. Es fehle an zeitlichen, personellen und vor allem an finanziellen Ressourcen, um ihren (sozialpolitischen) Auftrag erfüllen zu können.

Weiters wünschen sich die VertreterInnen der sozialen Organisationen mehr Mitsprache- und vor allem Entscheidungsrechte in sozialpolitischen Belangen. Dabei wurden vor allem Entscheidungen bei der Verteilung finanzieller Mittel und der Erstellung von Gesetzen bzw. Gesetzesnovellierungen genannt.

Direkte Zusammenarbeit zwischen Parteien und Sozialeinrichtungen gibt es nur wenig. Es wird jedoch stets von beiden Seiten versucht, eine konfliktfreie Gesprächsbasis zu haben.

## 6. RESÜMEE

„Ist die politische Sozialarbeit tot?“ So lautete die zentrale Forschungsfrage unseres Projektes und unser Ziel war es, möglichst eine Antwort auf diese Frage zu erarbeiten. Doch dieses Ziel gestaltete sich eher schwierig, wie sich im Laufe des Forschungsprozesses herausstellte. Schnell erkannten wir die Schwierigkeit, unseren InterviewpartnerInnen konkrete Informationen oder Aussagen zu entlocken. Die Beantwortung vieler Fragen wurde elegant umgangen oder war schwammig und aussagegelos. Manche Antworten klangen mehr nach einem gut einstudierten Werbeslogan als einer ehrlichen Auseinandersetzung mit der Thematik.

Bei der Reflexion der einzelnen Interviews wurden wir aber auch darauf aufmerksam, dass wir bei manchen Fragen vielleicht genauer und hartnäckiger nachfragen hätten müssen. Es war teilweise schwierig, aus den einstudierten Vorzeigeantworten eine Kernaussage herauszufiltern und auf diese näher einzugehen.

Die sozialen Organisationen waren sich zu hundert Prozent einig: „Sozialarbeit hat einen politischen Auftrag!“. Die konkrete Umsetzung dieses Auftrages sehen sie unter anderem darin, Mängel aufzuzeigen, Lösungen anzubieten, auf Gesellschaftspolitik Einfluss zu nehmen, Lobbyarbeit zu betreiben und in diversen Arbeitskreisen mit zu arbeiten. Engagement ist also das Gebot der Stunde. Nicht nur Engagement der sozialen Organisationen, sondern vor allem persönliches Engagement ist nach wie vor ein wesentlicher Bestandteil der politischen Sozialarbeit. Um sich persönlich zu engagieren, braucht es vor allem Zivilcourage und Mut. Es braucht Mut, auf Missstände hinzuweisen. Es braucht Mut, sich für die Armen einzusetzen. Es braucht Mut, eine Meinung zu vertreten, die nicht mit der des Geldgebers konform geht und dadurch eventuell den eigenen Arbeitsplatz zu gefährden. Es ist nachvollziehbar, wenn diesen Mut heute viele nicht mehr aufbringen, denn zu viel scheint auf dem Spiel zu stehen und zu sehr ist man auf das eigene Wohlergehen fokussiert und fürchtet die Konsequenzen, die man durch diesen Mut, den der ein oder andere möglicherweise als unnötiges Risiko bezeichnet, spüren könnte.

Manche der politischen Parteien haben beim Interview vor allem damit geglänzt, dass sie sich nicht oder nicht gut vorbereitet haben. Für BZÖ und FPÖ zum Beispiel bedeutet Sozialarbeit „*die Pflege und Förderung beeinträchtigter Menschen und Altenpflege*“. Bestätigt wird diese Vermutung bei der Frage an die politischen Parteien,



was sie als die zukünftigen Aufgaben der Sozialarbeit sehen. Diese Frage wurde einstimmig mit „*Armutsbekämpfung*“ und „*Altenbetreuung und Pflege von beeinträchtigten Menschen*“ beantwortet. Es scheint also, als ob sich die AltenfachbetreuerInnen und BehindertenpädagogInnen in den nächsten Jahren vor uns SozialarbeiterInnen in Acht nehmen können!

Zusammenfassend haben wir den Eindruck gewonnen, dass die politische Sozialarbeit nicht tot, ihr Zustand aber kritisch ist. Dieser kritische Zustand hängt aus unserer Sicht vor allem mit der sinkenden Zivilcourage zusammen. Und diese wiederum ist die Folge von Angst. Angst, die eigene Existenz nicht mehr sichern zu können und von der Gesellschaft nicht aufgefangen zu werden. Wer sich auf den Staat nicht verlassen kann, muss selbst für sich sorgen. Und wer für sich selbst sorgen muss, um zu überleben, kann sich nicht um andere kümmern. Dieser Teufelskreislauf kann nur durchbrochen werden, wenn der Einzelne sich keine Sorgen mehr machen muss, dass er durch das Sozialnetz rutscht. Momentan bewegen wir uns davon jedoch eher weg, als dieses Problem zu lösen. Die sozialen Leistungen werden gekürzt. Wer nichts verdient, lebt am Existenzminimum und hat keine Chance, den Kreislauf von Armut und Krankheit zu durchbrechen.

## QUELLENVERZEICHNIS

- Arge für Obdachlose (2011): Leitbild, <http://www.arge-obdachlose.at/print.php?id=50&cat=1&printVersion=a4> (Stand: 5.5.2011)
- Caritas in Oberösterreich (2000): Leitbild der Caritas OÖ; <http://www.caritas-linz.at/ueber-und/leitbild> (Stand 5.4.2011)
- Diakonie (1997): Grundsatzpapier – Synode 1997; [http://www.diakonie.at/Data/content/MediaDB/content/diakonie/content/files/1197449748\\_b3oun2ik0r/Diakonie%20-%20Grundsatzpapier%20-%20Synode%201997.pdf](http://www.diakonie.at/Data/content/MediaDB/content/diakonie/content/files/1197449748_b3oun2ik0r/Diakonie%20-%20Grundsatzpapier%20-%20Synode%201997.pdf) (Stand 7.5.2011)
- Diakonie Zentrum Spattstraße (2011): Menschenbild und Leitlinien,; <http://www.spattstrasse.at/index.php?menu=828> (Stand: 6.5.2011)
- Duden -online (2011): Politik, <http://www.duden.de/suchen/dudenonline/Politik> (Stand: 7.4.2011)
- Exit sozial (2011): Wir über uns, <http://www.exitsozial.at/wir-ueber-uns/verein.html> (Stand: 7.5.2011)
- IFSW (2004): Ethics in Social Work, [www.sozialarbeit.at](http://www.sozialarbeit.at) (Stand 5.5.2011)).
- Migrare (2011): Leitbild; [http://www.migrare.at/cms/images/stories/leitbild\\_folder.pdf](http://www.migrare.at/cms/images/stories/leitbild_folder.pdf) (Stand 5.6.2011)
- Neustart (2006): Leitbild von Neustart, [www.neustart.at/Media/1\\_leitbild\\_neu\\_dez06.pdf](http://www.neustart.at/Media/1_leitbild_neu_dez06.pdf) (Stand: 5.5.2011)
- OBDS (2004): Berufsbild der SozialarbeiterInnen, <http://www.oberoesterreich-sozialarbeit.at/download/Berufsbild.pdf> (Stand: 5.5.2011)
- Volkshilfe (2011): Leitbild der Volkshilfe Oberösterreich, <http://www.volkshilfe-ooe.at/1021,,,2.html> (Stand 7.5.2011)

## ANHANG

### Leitfaden VertreterInnen politischer Parteien

- 1) Hat Sozialarbeit für Sie einen politischen Auftrag?
  - ✓ Wenn nein, warum?
  - ✓ Wenn ja, worin besteht für Sie dieser Auftrag?
- 2) Was verstehen Sie persönlich unter dem Begriff „Sozialarbeit“?
- 3) Was ist Ihrer Meinung nach Aufgabe der Sozialarbeit, was ist die Aufgabe der Politik und wo gibt es ev. Überschneidungen?
- 4) Wie sehen Sie die Zusammenarbeit zwischen Politik und Sozialarbeit in Oberösterreich?
  - a. Wo liegen die Stärken, wo sehen Sie Verbesserungsbedarf, wo gibt es Reibungspunkte?
  - b. Welche Form der Zusammenarbeit würden Sie sich für die Zukunft wünschen?
- 5) Worin liegt für Sie der sozialpolitische Schwerpunkt?
- 6) Wie zeigt sich die Umsetzung der Sozialpolitik in Ihrer Partei konkret?
  - ✓ Gezielte Fragen zum Parteiprogramm/ Bezug auf aktuelles Zeitgeschehen
- 7) Was sind Ihrer Meinung nach die „heißesten Eisen“ in der Sozialpolitik?
- 8) Was geschieht dahingehend in Ihrer Partei?
- 9) Worin sehen Sie die Schwächen/ Mängel in der Sozialpolitik Ihrer Partei?
- 10) Welche Unterschiede sehen Sie in der Umsetzung der Sozialpolitik in Ihrer Partei im Vergleich zu anderen Parteien?
- 11) Welche Zukunftsperspektiven bezüglich Sozialpolitik verfolgen/ haben Sie in ihrer Partei?
- 12) Welche Projekte sind in diesem Bereich in Ihrer Partei genau geplant?
- 13) Gibt es eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien/ auch Vereinen?
  - ✓ Wenn ja, wie sieht die Zusammenarbeit/ Vernetzung konkret aus?
  - ✓ Wie würden Sie sich eine Zusammenarbeit wünschen?
  - ✓ Gibt es Reibungspunkte/ Mängel oder Schwachpunkte in der Zusammenarbeit untereinander?
  - ✓ Wenn bisher keine Vernetzung stattfand, wäre dies ein weiteres Ziel Ihrer Partei?
- 14) Welche Herausforderungen sehen Sie für die Sozialarbeit in Zukunft?
- 15) Würden Sie ein Berufsgesetz für SozialarbeiterInnen unterstützen?

## Leitfaden VertreterInnen sozialer Einrichtungen

- 1) Was verstehen Sie unter Politik?
- 2) Hat Sozialarbeit einen politischen Auftrag?
  - ✓ Wenn, nein: Warum?
  - ✓ Wenn ja: Worin besteht dieser Auftrag in der Sozialarbeit? Worauf begründen Sie diesen Auftrag?
- 3) Wie wird der politische Auftrag bei Ihnen konkret umgesetzt?
  - ✓ Welchen Stellenwert hat die sozialpolitische Tätigkeit in Ihrer Organisation?
  - ✓ Ist in Ihrer Organisation Platz für sozialpolitische Tätigkeit?
  - ✓ Gibt es eine Vernetzung mit anderen sozialen Einrichtungen?
  - ✓ Senden Sie Mitarbeiter in Gremien?
  - ✓ Gibt es eine eigene Abteilung für Sozialpolitik/Öffentlichkeitsarbeit?
  - ✓ Was sind die sozialpolitischen Ziele in Ihrer Organisation?
  - ✓ Sind diese Ziele in Ihrem Konzept verankert?
  - ✓ Sind sozialpolitische Tätigkeiten Aufgabe der Basis oder der Geschäftsführung?
- 4) Welche Rahmenbedingungen braucht es um sozialpolitisch aktiv sein zu können?
  - ✓ Wie sehen die Rahmenbedingungen aus?
  - ✓ Bietet die Organisation diese Rahmenbedingungen?
- 5) Gibt es eine Kluft zwischen Ihrer persönlichen Meinung und der Umsetzung in der Organisation in Bezug auf die politische Sozialarbeit?
- 6) Gibt es ein Naheverhältnis Ihrer Organisation zu einer Partei?
  - ✓ Wenn ja: Wirkt sich dieses Naheverhältnis in Ihrer Kritikbereitschaft aus? Besteht Angst vor Sanktionen?
- 7) Wie wird die Organisation finanziert?
  - ✓ Beeinflusst die Finanzierung die sozialpolitische Tätigkeit Ihrer Organisation?
- 8) Ist die Organisation in politische Entscheidungen eingebunden (Gesetzesentwürfe)?
  - ✓ Wenn ja: In welcher Art und Weise?
  - ✓ Wenn nein: Wäre es für die Organisation wünschenswert? In welche Themen würden Sie gerne eingebunden werden? Wie sollte sich die Mitarbeit für Sie sinnvoll gestalten?

- 9) Welche Rolle hat Ihrer Meinung nach der Berufsverband (OBDS) bei der Umsetzung des sozialpolitischen Auftrags?
- 10) Wie sehen Sie die derzeitige Sozialpolitische Lage in Oberösterreich?
- ✓ Wo gibt es Ihrer Meinung nach Handlungsbedarf, was wäre wünschenswert?